



Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch
Telefon 071 913 53 53

Zusammenfassung der Parlamentssitzung von heute Donnerstag, 3. Februar 2011

Verlängerung der Pilotphase zum Vollzug des Integrationsleitbildes bewilligt

Heute Donnerstag, 3. Februar 2011, hat das Stadtparlament die Verlängerung der Pilotphase zum Vollzug des Integrationsleitbildes der Stadt Wil um zweieinhalb Jahre gutgeheissen und einen Kredit von Fr. 232'000 für die Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse bewilligt. Zudem wurde ein Postulat mit Fragen zur neuen Stelle «Leiter/in Pädagogik» im Departement Bildung und Sport als erheblich und dringlich erklärt.

Sitzungsteilnahme: 37 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend.

Kurzzusammenfassung zum Traktandum 1. Postulat Guido Wick, GRÜNE prowil (im Namen der Mitglieder des Präsidiums): Organisatorische und konzeptionelle Ausrichtung der Schulverwaltung – Erheblicherklärung/Dringlicherklärung: Das Stadtparlament hat ein Postulat grossmehrheitlich als erheblich und dringlich erklärt, das Fragen zur organisatorischen und hierarchischen Eingliederung, zum Aufgabenbereich sowie zur konzeptionellen und strategischen Ausrichtung der mit dem Voranschlag 2011 bewilligten Stelle «Leiter/in Pädagogik» im Departement Bildung und Sport beinhaltet. Ebenfalls zu beantworten ist im Postulatsbericht, ob der Stadtrat insbesondere auch mit Blick auf die Gemeindevereinigung eine Zusammenführung der Finanzbereiche (Schulbuchhaltung und Finanzverwaltung) sowie der Schul- mit den übrigen städtischen Liegenschaften geprüft habe. *(ausführlichere Berichterstattung siehe Folgeseite 3)*

Kurzzusammenfassung zum Traktandum 2. Vollzug des Integrationsleitbildes / Verlängerung: Wie vom Stadtrat beantragt hat das Stadtparlament die Verlängerung der ursprünglich bis August 2011 vorgesehene dreijährigen Pilotphase zur Umsetzung des Integrationsleitbildes der Stadt Wil verlängert. Damit läuft die Pilotphase weitere zweieinhalb Jahre bis Ende 2013. *(ausführlichere Berichterstattung siehe Folgeseite 4)*

Kurzzusammenfassung zum Traktandum 3. Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse: Das Stadtparlament hat einen Kredit von Fr. 232'000 für die Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse bewilligt. Damit können verschiedene Mittelinseln beim Übergang Neulandenstrasse/Klosterweg und beim Weidweg, Anpassungen an der Bushaltestelle Friedberg und Anpassungen an den Beleuchtung bei Fussgänger- und Radfahrerquerungen sowie provisorische Fahrbahnübergänge beim Spital und beim Pflegezentrum Fürstenua realisiert werden. Eine Mittelinsel beim Grüнауweg sowie Farbbänder an den Strassenrändern hat das Parlament hingegen auf Antrag der Bau- und Verkehrskommission abgelehnt. Dafür wurden eine zusätzliche Wegverbindung zwischen Spital und Pflegezentrum, ein niveauloser Übergang im Bereich Neulandenstrasse/Klosterweg sowie ein nordseitiger Radstreifen zusätzlich aufgenommen. Der Kredit wurde um diese gestrichenen respektive zusätzlichen Elemente von ursprünglich Fr. 330'000 auf Fr. 232'000 angepasst. *(ausführlichere Berichterstattung siehe Folgeseite 6)*

Parlamentarische Vorstösse: An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurde ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- Silvia Ammann, SP – Energetische Sanierung Primarschule Lindenhof und Sofortmassnahmen

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr



Seite 2

Verabschiedung zurückgetretener Parlamentsmitglieder: Im Anschluss an die Sitzung des Stadtparlaments fand im Kleinen Saal der Tonhalle die Verabschiedung der im vergangenen Jahr aus dem Stadtparlament zurückgetretenen Mitglieder statt.

Es sind dies Esther Spinas (GRÜNE prowil; 2005 bis 2010), Laura Berger (GRÜNE prowil; 2005 bis 2010), Monika Stillhart (CSP; 2007 bis 2010), Gordana Sigrist (CVP; 2007 bis 2009), Franz Mächler (FDP; 2001 bis 2010) und Peter Hauser (EVP; 2009 bis 2010). Mario Schmitt, Präsident des Stadtparlaments 2011, verabschiedete die Zurückgetretenen und unterstrich die Bedeutung ihrer Arbeit als Parlamentsmitglieder: «Eine vertiefte Prüfung von Sachvorlagen, eine umfassende politische Kontrolle sowie die Repräsentation der politischen Kräfteverhältnisse einerseits und die Vertretung der Bürgerschaft und ihrer Meinungen andererseits – das sind wichtige und gewichtige Aufgaben, die ein Parlament in einer Stadt übernimmt. Damit das alles auch wirklich zum Nutzen und Vorteil der Stadt und ihrer Einwohnenden reichen kann, braucht es jemanden, der die genannten Aufgaben auch übernimmt. Sie haben sich bereit erklärt, diese Aufgaben nicht nur an-, sondern auch ernst zu nehmen: Als Mitglieder des Stadtparlaments setzen Sie sich für Wil und die Wilerinnen und Wiler ein – herzlichen Dank für dieses freiwillige Engagement, das nicht einfach selbstverständlich ist!»



Mario Schmitt (Präsident des Stadtparlaments 2011, 2. von rechts) verabschiedete Franz Mächler, Monika Stillhart und Esther Spinas (mit Urkunde; von links nach rechts) und dankte ihnen für ihr Engagement im Wiler Stadtparlament.



Seite 3

Einleitend zur Sitzung

Mario Schmitt, Präsident des Stadtparlaments 2011, wies einleitend auf den Rekurs hin, der zur Traktandenliste der heutigen Sitzung eingereicht worden war: Am 17. Januar 2011 haben die beiden Erstunterzeichneten Christoph Hürsch, CVP, und Norbert Hodel, FDP, zusammen mit 13 Mitunterzeichneten einen Rekurs erhoben gegen den Beschluss des Parlamentspräsidiums vom 12. Januar 2011, das Geschäft „Bericht des Gemeinderates Bronschhofen und des Stadtrates Wil / Vereinigungsbeschluss / 1. Lesung“ für die heutige Sitzung nicht zu traktandieren. Alternativ forderten die Unterzeichnenden die Einberufung einer ausserordentlichen Parlamentssitzung bis spätestens 17. Februar 2011 zur Behandlung dieses Geschäftes.

Das Präsidium hat die Wiedererwägung für eine Traktandierung des Geschäftes für die heutige Sitzung abgelehnt, ist der Forderung nach einer ausserordentlichen Sitzung hingegen einstimmig nachgekommen und hat diese Sitzung für den kommenden Donnerstag, 10. Februar 2011, einberufen. Die beiden Erstunterzeichner Christoph Hürsch und Norbert Hodel haben mit Datum vom 31. Januar 2011 den Rekurs zurückgezogen unter der Bedingung, dass die einberufene ausserordentliche Sitzung am nächsten Donnerstag zwingend stattfinden muss. Infolge des Rückzuges entfällt die Behandlung des Rekurses.

1. Postulat Guido Wick, GRÜNE prowil (im Namen der Mitglieder des Präsidiums): Organisatorische und konzeptionelle Ausrichtung der Schulverwaltung – Erheblicherklärung/Dringlicherklärung

Zusammenfassung des Traktandums

Mit dem Voranschlag 2011 hat das Stadtparlament die vom Stadtrat beantragte Schaffung einer Stelle «Leiter/in Pädagogik» im Departement Bildung und Sport genehmigt. Im Bericht und Antrag zum Voranschlag 2011 hätten Ausführungen zur organisatorischen und hierarchischen Eingliederung der Stelle, zum Aufgabenbereich sowie zur konzeptionellen und strategischen Ausrichtung gefehlt, hält Guido Wick, GRÜNE prowil, in einem Postulat fest, dass er im Namen des Parlamentspräsidiums mit sieben Mitunterzeichneten am 12. Januar 2011 eingereicht hat. Die Notwendigkeit der Stelle sei im Grundsatz unbestritten, dennoch seien diese offenen Punkte zu klären. Zusätzlich stelle sich die Frage, ob der Stadtrat insbesondere auch mit Blick auf die Gemeindevereinigung geprüft habe, die Finanzbereiche (Schulbuchhaltung und Finanzverwaltung) sowie die Schul- mit den übrigen städtischen Liegenschaften zusammenzuführen.

Der Postulant Guido Wick, GRÜNE prowil, betonte einleitend, dass das Parlamentspräsidium dieses Postulat an seiner Sitzung vom 12. Januar 2011 einstimmig genehmigt habe und beantragte, das Postulat sei erheblich und mit Blick auf die voraussichtlich baldige Ausschreibung und Besetzung der Stelle auch als dringlich zu erklären.

In seiner Stellungnahme schliesst sich der Stadtrat diesen beiden Anträgen an: Er sei bereit, die Fragen zur neu zu schaffenden Stelle «Leitung Pädagogik» ebenso zu beantworten wie die umfassenden grundsätzlichen und strukturellen Fragen.

Abstimmung

Das Stadtparlament folgte diesen Anträgen von Postulant und Stadtrat grossmehrheitlich und erklärte das Postulat erheblich und dringlich.



2. Vollzug des Integrationsleitbildes / Verlängerung

Zusammenfassung des Traktandums.

Das anfangs 2008 in Kraft gesetzte Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer verpflichtet die Behörden, Integration zu fördern und Zugewanderten die Teilnahme und Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Dafür sind strukturelle Hürden abzubauen und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.

In Wil wurde 2003/2004 in einem breit abgestützten partizipativen Prozess ein Integrationsleitbild erarbeitet. In drei Leitlinien hält es fest, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche, andauernde Querschnittsaufgabe ist, die bei allen Überlegungen öffentlichen Handelns mit einzubeziehen ist. Zudem setzt Integrationspolitik präventiv, wirkungsbezogen sowie fördernd und fordernd an und entwickelt eine gesellschaftliche Kultur des bewussten Umgangs mit Vielfalt und Differenz.

Dreijährige Pilotphase

Für die schrittweise Umsetzung des Leitbildes hiess das Stadtparlament im September 2007 eine dreijährige Pilotphase gut. Die Befristung soll ermöglichen, die Wirksamkeit der Massnahmen zu prüfen und sodann allfällige Änderungen oder Ergänzungen in der Integrationsarbeit vorzunehmen sowie deren künftige Ausrichtung mitzubestimmen. Für die Pilotphase bewilligte das Parlament einen Rahmenkredit von jährlich Fr. 250'000, insgesamt also Fr. 750'000.

Die notwendigen personellen Ressourcen wurde ab August 2008 mit einer Fachstelle Integration mit einem Pensum von 70 Prozent geschaffen, wobei diese Stelle gemäss einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton nicht nur als städtische, sondern auch als regionale Fachstelle wirkt. Als beratendes Gremium wird sie von einer zehnköpfigen Integrationskommission mit Vertretenden der Politik, der Kirchgemeinden und Religionsgemeinschaften, der Migrantenvölkerung und der Wirtschaft begleitet. Die Schaffung von Fachstelle und Kommission entsprechen den beiden im Leitbild vorgesehenen strategischen Massnahmen. Das Leitbild umfasst zudem 35 operative Massnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern.

Mehr Zeit nötig als ursprünglich gedacht

Der Ansatz der Integrationsarbeit der Stadt Wil hat sich bewährt. Es zeigte sich aber, dass die Zeit für den Aufbau der Fachstelle Integration mit drei Jahren zu eng bemessen war. Zusätzlich kam es nach dem ersten Betriebsjahr zu einem Personalwechsel und zwei Monaten Vakanz. Um die umgesetzten Massnahmen zu verankern und zusätzliche Massnahmen umzusetzen, beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament eine Verlängerung der Pilotphase bis 31. Dezember 2013. Dieser Zeitraum von rund zweieinhalb Jahren ist auch im Hinblick auf die geplante Gemeindevereinigung sinnvoll: So kann 2013 die Beurteilung durch den neuen Stadtrat und das neue Stadtparlament vorgenommen werden. Sowohl die Integrationskommission als auch das Kompetenzzentrum Integration, Gleichstellung und Projekte des Kantons St. Gallen begrüssen die Weiterführung der Fachstelle Integration der Stadt und Region Wil.

Finanzbedarf von Fr. 480'000 für die Verlängerung

Für die Verlängerung der Pilotphase rechnet der Stadtrat für Personal- und Sachaufwand, projekt- und massnahmenbezogene Kosten sowie Beiträge an integrationsfördernde Projekte und Veranstaltungen Dritter mit einem Finanzbedarf von jährlich Fr. 200'000, für 29 Monate also mit insgesamt Fr. 480'000. Weil aber der für die dreijährige Pilotphase bewilligte laufende Kredit um Fr. 250'000 nicht ausgeschöpft worden ist, beträgt der zu sprechende Kredit nur Fr. 230'000.



Seite 5

Vorberatende Kommission

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von Dario Sulzer, SP, hat das Geschäft an einer Sitzung beraten. Schwerpunkte dabei waren die Messbarkeit der Integrationsmassnahmen sowie die Zusammenarbeit zwischen Integrationskommission und Fachstelle.

Die vorberatende Kommission stellt keine eigenen Anträge.

Beratung

Eine **Eintretensdebatte** wurde nicht gewünscht; Eintreten auf das Geschäft war nicht bestritten.

Einleitend verwies **Dario Sulzer**, SP, als Präsident der vorberatenden Kommission auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Integration. Mit der vom Parlament bewilligten dreijährigen Pilotphase sei die Möglichkeit gegeben, die Umsetzung des Integrationsleitbildes und die Wirksamkeit der Massnahmen zu prüfen und sodann allfällige Änderungen oder Ergänzungen in der Integrationsarbeit vorzunehmen. Allerdings sei – nicht zuletzt infolge eines personellen Wechsels in der Fachstellenleitung – die Pilotphase eher zu kurz bemessen. Insbesondere die Wirksamkeitsanalyse der getroffenen Massnahmen beanspruche eine längere Laufzeit; daher beantragt der Stadtrat eine Verlängerung der Pilotphase um zweieinhalb Jahre bis Ende 2013.

Stadtpräsident **Bruno Gähwiler** unterstrich die Bedeutung der Integration als Querschnittsaufgabe. Dass die gesellschaftliche Bedeutung gegeben sei, zeige sich unter anderem auch darin, dass im vergangenen Jahr Personen aus 35 verschiedenen Nationen nach Wil gezogen seien. Mit dem nahenden Ende der Pilotphase hätten sich drei Möglichkeiten eröffnet: Das Pilotprojekt einfach wie vorgesehen abzuschliessen, die Fachstelle in ein Definitivum zu überführen oder aber die Pilotphase befristet weiterzuführen, um weitere Erkenntnisse zu sammeln. Der Stadtrat habe sich für die letzte Option entschieden, denn: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – die Auswirkungen verpasster oder gescheiterter Integration ist aber deutlich spürbar!“

Integration sei nicht nur eine gesellschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine gesetzliche Aufgabe für die Gemeinden, hielt **Silvia Ammann**, SP, fest. Wie die Aufgabe aber erledigt werde, sei dabei nicht vorgegeben. Wil habe positive Schritte unternommen, diese wichtige Aufgabe unter dem Motto „fördern und fordern“ anzupacken – die SP-Fraktion begrüsse daher die Fortführung der Pilotphase.

Roman Rutz, EVP, hielt namens der CVP-Fraktion fest, dass mit dem Integrationsleitbild in diesem Bereich die richtige Basis gelegt sei. Integration sei eine wichtige und proaktive Aufgabe – jetzt mit Weitsicht zu handeln sei besser, als im Nachhinein blosser Symptombekämpfung zu betreiben. Die CVP-Fraktion wolle die Übung nicht auf halbem Weg abbrechen, sondern nach der Verlängerung mit den dazumal zusätzlichen Erkenntnissen entscheiden, wie definitiv fortzufahren sei.

Die SVP-Fraktion, so **Klaus Rüdiger**, SVP, habe seinerzeit am Integrationsleitbild die schwammige strategische Ausrichtung und das Fehlen klarerer Punkte im Bereich „fordern“ kritisiert. Auch wenn eine gewisse Grundskepsis noch nicht vollständig ausgeräumt sei, wolle man sich der begonnenen Aufbauarbeit nicht in den Weg stellen: Die SVP begrüsst die beantragte Weiterführung der Pilotphase.

Bruno Egli hielt namens der FDP-Fraktion fest, dass man die Verlängerung der Pilotphase unterstützte, auch wenn man in einem Punkt – nämlich bezüglich der fehlenden Messbarkeit der konkreten Wirkung von Massnahmen im Integrationsbereich – nach wie vor kritisch eingestellt sei.

Eva Noger, GRÜNE prowil, hielt fest, dass ursprünglich vorgesehen gewesen sei, die Wirkung der Massnahmen im Integrationsbereich nach drei Jahren zu überprüfen. Der Personalwechsel in der Aufbauphase habe aber die Entwicklung klar gebremst, daher mache die Verlängerung aus Sicht der Fraktion GRÜNE prowil durchaus Sinn. Wichtig sei, dass Integration im Sinne einer Querschnittsaufgabe in allen Bereichen und Projekten der Verwal-



Seite 6

tung einflüsse, wie es im Bericht des Stadtrates auch festgehalten sei. Integration dürfe keine Alibi-Übung werden, sondern müsse aktiv angegangen werden. Hierfür seien, so Noger, die positiven Impulse der Fachstelle Integration sehr wichtig.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigte die Verlängerung der Pilotphase für die Umsetzung des Integrationsleitbildes der Stadt Wil bis 31. Dezember 2013 grossmehrheitlich.

3. Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse

Zusammenfassung des Traktandums.

Gemäss kommunalem Richtplan ist die Fürstenlandstrasse betrieblich und gestalterisch als siedlungsorientierter Strassenraum aufzuwerten. Das Stadtentwicklungskonzept sieht zudem im Bereich Weidguet eine zukünftige Siedlungserweiterung für Wohnnutzung vor, wodurch die Bedeutung des Fuss- und Radverkehrs auf der Fürstenlandstrasse zunehmen wird. An der Sitzung vom 17. September 2009 hat das Stadtparlament des Weiteren dem Staatsstrassenprojekt Fürstenlandkreisel mit Trottoirverlängerung zugestimmt. Dabei flankierende, verkehrsberuhigende Massnahmen auf der Fürstenlandstrasse in Aussicht gestellt worden, abgestimmt auf Tempo 30-Zonen, Konzept Schulwegsicherheit und Konzept Langsamverkehr. Der vom Stadtrat vorgelegte Bericht und Antrag zur Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse greift diese Punkte auf.

Ziele und Projektteile

Mit der Strassenraumgestaltung der Fürstenlandstrasse sollen die Verkehrssicherheit des Fussverkehrs an den Querungsstellen sowie die Verkehrssicherheit des Fahrradverkehrs an den Querungsstellen und in Längsrichtung erhöht werden. Angestrebt werden zudem eine Reduktion der gefahrenen Geschwindigkeiten und eine Optimierung der Lage und Infrastruktur von Bushaltestellen.

Vorgesehen sind hierfür fünf Projektteile:

Einbau von fünf Mittelinseln: Die Mittelinseln (Neulandenstrasse/Klosterweg, Grünauweg, Spital, Pflegezentrum Fürstenau und Weidhofweg) sind Querungshilfen für Zu-Fuss-Gehende und Radfahrende. Zusammen mit beidseitigen Fahrbahnverschnenkungen wird eine Verkehrsberuhigung erreicht.

Trottoirüberfahrt Von-Thurnsteig: Das Trottoir entlang der Fürstenlandstrasse wird über die Einmündung des Von-Thurnsteigs ununterbrochen weitergeführt. Zu-Fuss-Gehende werden so vortrittsberechtigt.

Anpassung der Beleuchtung im Bereich Querungen für Radfahrende und Zu-Fuss-Gehende: Für die optimale Ausleuchtung der Fussgänger- und Radfahrerquerungen werden zusätzliche Kandelaber montiert.

Eingefärbte breite Bänder entlang der Strassenränder: Parallel zum Strassenrand verlaufende, 60 Zentimeter breite, hellgraue Farbbänder beeinflussen das Verhalten der Motorfahrzeugführenden positiv. Durch die optische Einengung fahren die Fahrzeuglenkenden unbewusst eher in der Fahrbahnmitte.

Anpassungen von Bushaltestellen: Alle Fahrbahnhaltestellen der Buslinien (Haltestellen Spital, Pflegezentrum und Friedberg) entlang der Fürstenlandstrasse werden mit ebenerdigem Einstieg und taktilen Markierungen behindertengerecht ausgebaut und den Bedürfnissen der Busbenützendenden angepasst.



Seite 7

Ebenfalls in diesem Zusammenhang stehen weitere Projektteile:

Belagssanierung: Der Strassenbelag der Fürstenlandstrasse weist teils starke Verformungen, Risse und Ausbrüche auf. Zudem sind längere Abschnitte bei den Randabschlüssen lose oder haben sich abgesenkt. Um weitere Folgeschäden zu vermeiden, ist die ganze Strasse zeitgerecht zu sanieren. Vorgesehen sind zwei Etappen.

Trottoirneubau Konstanzerstrasse bis Klosterweg (südliche Strassenseite): Die Lage, die örtlichen Gegebenheiten und die Funktion rechtfertigen einen beidseitigen Gehweg. Ein Neubau ist zu prüfen, wenn auf den privaten Grundstücken südlich der Fürstenlandstrasse Um- oder Neubauprojekte anstehen.

Ver- und Entsorgungsleitungen: Bei umfangreichen Arbeiten an Verkehrsanlagen werden auch die Ver- und Entsorgungsanlagen überprüft und, wenn nötig, saniert oder ersetzt. Dies betrifft die Kanalisation, die Wasser-, Gas- und Stromversorgung und die Strassenbeleuchtung.

Umsetzung in fünf Etappen

Für die Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse ist eine gestaffelte Realisierung mit fünf Etappen vorgesehen:

- 1. Etappe, 2012 - Strassenraumgestaltung:** Mittelinseln Neulandenstrasse/Klosterweg, Grünauweg und Weidweg; Bushaltestelle Friedberg; Anpassung Beleuchtung bei Fussgänger- und Radfahrerquerungen; Farbbänder; provisorische Fahrbahnübergänge Spital und Pflegezentrum Fürstenau.
- 2. Etappe, 2015 - Fahrbahnsanierung:** Abschnitt Gärtnerei Rutishauser bis Bushaltestelle Friedberg.
- 3. Etappe, später - Strassenraumgestaltung:** Mittelinseln Spital und Pflegezentrum Fürstenau.
- 4. Etappe, später - Fahrbahnsanierung:** Abschnitte Konstanzerstrasse bis Gärtnerei Rutishauser sowie Bushaltestelle Friedberg bis Fürstenlandkreisel.
- 5. Etappe, später - Trottoirneubau:** Abschnitt Konstanzerstrasse bis Klosterweg, Südseite.

Kosten für die Etappe 1 und die Etappen 2 bis 5

Für die Etappe 1 wird mit Kosten Fr. 420'000 gerechnet. Da im Konzept Schulwegsicherheit die Optimierung des Einlenkers Neulanden-/Fürstenlandstrasse vorgesehen ist und sich diese Massnahme mit dem Projektteil «Mittelinseln Neulandenstrasse/Klosterweg» deckt, reduziert sich der Baukredit um die dafür vorgesehenen Fr. 70'000. Weil die Kosten für die Warteraumverbesserung der Bushaltestelle Friedberg dem Rahmenkredit Bushaltestellen belastet werden, reduziert sich der Baukredit weiter um die dafür vorgesehenen Fr. 20'000. Der für die Etappe 1 dem Stadtparlament beantragte Kredit beläuft sich demnach auf Fr. 330'000.

Für die weiteren Etappen 2 bis 5 wird der Gesamtaufwand auf Fr. 1,26 Mio. geschätzt; die genauen Kosten für die einzelnen Etappen werden dem Stadtparlament jeweils zu gegebener Zeit vorgelegt. Die weiteren Ausbaustufen können vom Stadtparlament einzeln beurteilt und bewilligt werden.

Vorberatende Kommission

Die Bau- und Verkehrskommission (BVK) unter dem damaligen Vorsitz von Guido Wick, GRÜNE prowil, hat das Geschäft an vier Sitzungen beraten. Schwerpunkte dabei waren die Sicherheit für den Fuss- und Radverkehr sowie die Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen. Die vorberatende Kommission stellt sechs Anträge auf Anpassung des Projektes und des Kredits (siehe unten).



Beratung

Eine **Eintretensdebatte** wurde nicht gewünscht; Eintreten auf das Geschäft war nicht bestritten.

Norbert Hodel, FDP, stellte zu Beginn der Beratung einen Ordnungsantrag: Guido Wick, GRÜNE prowil, sei zwar bei der Beratung des Geschäfts Präsident und Mitglied der Bau- und Verkehrskommission gewesen, zum heutigen Zeitpunkt sei er beides nicht mehr. Er beantrage deshalb, die Bau- und Verkehrskommission habe ein Mitglied, das der Kommission effektiv auch angehört, mit der Vorstellung der Kommissionsberatungen zu beauftragen. Der Ordnungsantrag wurde abgelehnt; Guido Wick konnte – wie von der BVK einstimmig beauftragt – das Geschäft vorstellen.

Guido Wick, GRÜNE prowil, hielt im einleitenden Votum als Kommissionsprecher fest, dass die BVK die vorgesehenen Massnahmen – mit einigen Abstrichen, wie aus den Kommissionsanträgen ersichtlich sei – über den ganzen Zeitraum hinweg als sinnvoll und zielführend erachte. In der Vorberatung seien verschiedene Abklärungen vorgenommen worden, insbesondere zum Thema Kernfahrbahn oder zu den Parkplätzen von Spital und Pflegezentrum Fürstenu. Diese seien aber weniger Inhalt der heute zur Diskussion stehenden Etappe 1, sondern stünden im Zusammenhang mit einem Gesamtprojekt für die Etappen 2-5, welche im Rahmen eines Gesamtprojektes ausgearbeitet werden sollen.

Stadtrat **Marcus Zunzer** verwies insbesondere auf die Zusicherung bezüglich flankierender Massnahmen, welche man im Rahmen des Projektes „Fürstenuandkreisel“ gemacht habe: Dieser Zusage komme man mit dem vorgelegten Projekt nach. Zu berücksichtigen seien bei der Strassenraumgestaltung auch verschiedene Faktoren wie die Vorgaben der Kantonpolizei bezüglich Kernfahrbahn oder Auszeichnung von Fussgängerstreifen, aber auch der schlechte Strassenzustand oder die Parkplatzsituation beim Spital oder beim Pflegezentrum Fürstenu. Marcus Zunzer sprach der Kommission und ihrem Präsidenten abschliessend seinen Dank für die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Projekt und die angenehme Zusammenarbeit aus; den sechs Kommissionsanträgen widersetze sich der Stadtrat im Grundsatz nicht.

Reto Gehrig hielt namens der CVP fest, dass die Strasse in einem wirklich bedenklichen Zustand sei – eine Sanierung sei unumgänglich. Aufgrund der Parkplatzsituation entlang der Strasse seien aber, wie auch im Bericht ausgeführt, derzeit nur Teillösungen realisierbar. Dass die Zusagen bezüglich flankierender Massnahmen aus dem Projekt „Fürstenuandkreisel“ eingelöst werden, erachte man als wichtig und richtig. Die CVP spreche sich für die Strassenraumgestaltung aus und unterstütze die Anträge 1 bis 5 der BVK; hinsichtlich der zeitlichen Befristung im Antrag 6 bezüglich einer Gesamtlösung sei die Fraktion hingegen gespalten.

Für die SVP-Fraktion, so **Patrik Lerch**, sei es mit der heutigen Wiler Verkehrsbelastung nicht ganz nachvollziehbar, auf der Fürstenuandstrasse verkehrsberuhigende Massnahmen zu realisieren, was wohl zu einer zusätzlichen Belastung der Tonhallenstrasse führe. Auch der Wegfall der Parkplätze entlang der Fürstenuandstrasse stehe man kritisch gegenüber: Die vorgesehenen Massnahmen seien hier „ein Schnellschuss“. Die SVP unterstütze daher die Anträge 1 und 2 der BVK, lehne die übrigen Anträge hingegen ab. Diesen „Schnellschuss“-Vorwurf liess Kommissionspräsident Guido Wick nicht gelten: Stadtrat und Verwaltung haben sich dem Geschäft sehr intensiv und sorgfältig gewidmet, dies habe man in der Kommissionsarbeit deutlich gespürt.

Bruno Ressegatti hielt fest, dass die Fraktion GRÜNE prowil die grundsätzliche Stossrichtung des Projektes „Strassenraumgestaltung Fürstenuandstrasse“ begrüsse. Der vorliegende Massnahmenplan werde unterstützt, auch wenn die Fraktion bezüglich Beruhigung und Sicherheit noch mehr erwartet hätte und mit der Aufteilung der Massnahmen auf die einzelnen Etappen nicht in allen Punkten einverstanden sei.

Die SP-Fraktion, so **Katja Hegelbach**, stellte sich hinter die Anträge der BVK und damit hinter die abgeänderte Form der Vorlage, lediglich in der Frage der grauen Farbänderung sei man in der SP geteilter Meinung gewesen. Grundsätzlich hätte die SP zwar ein umfassendes Gesamtkonzept bevorzugt, es sei aber besser, jetzt wenigstens Teillösungen zu realisieren als gar nichts zu tun.



Seite 9

Bruno Egli, FDP, hielt fest, dass die FDP-Fraktion die Anträge der BVK mehrheitlich unterstütze – auch mit Blick auf die wichtige und gewünschte Grünaustrasse.

Abstimmung zu den Anträgen von vorberatender Kommission und Stadtrat

Die vorberatende Kommission stellt sechs Anträge auf Anpassung des Projektes und des Kredits:

Antrag 1: *Verzicht auf die Mittelinsel Grünauweg inklusive Anteil Landerwerb und Beleuchtung (- Fr. 82'000).*
Diese Massnahme, so die BVK in ihrer Stellungnahme, soll im Rahmen eines Gesamtprojekts (siehe Antrag 6) ausgeführt werden.

Abstimmung: Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grösstmehrheitlich zu.

Antrag 2: *Verzicht auf eingefärbte breite, grauen Bänder entlang der Strassenränder (- Fr. 38'000).*

Die BVK zweifelt in ihrer Stellungnahme die Wirksamkeit der Farbbänder an und sieht einen hohen Unterhaltsaufwand; im Rahmen eines Gesamtprojekts (siehe Antrag 6) sollen an Stelle dieser Bänder Radstreifen realisiert werden.

Abstimmung: Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grösstmehrheitlich zu.

Antrag 3: *Zusätzliche Wegverbindung Spital / Pflegezentrum (+ Fr. 4'000)*

Abstimmung: Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag 4: *Zusätzlicher niveauloser Übergang im Bereich Neulandenstrasse/Klosterweg mit einer leichten Anrampung (+ Fr. 13'000)*

Abstimmung: Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag 5: *Zusätzliche Massnahmen zur Velosicherheit (Radstreifen nordseitig (+ Fr. 5'000)*

Abstimmung: Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag mehrheitlich zu.

Die Anträge 3-5 dienen der Erhöhung der Sicherheit des Fuss- und Radverkehrs resp. nehmen Anliegen von Menschen mit Behinderungen auf; sie lösen bei der Realisierung des Gesamtprojekts keine Anpassungskosten aus, hält die BVK in ihrer Stellungnahme zu den Anträgen fest.

Bereinigter Antrag des Stadtrates: Dem Projekt Strassenraumgestaltung Fürstenlandstrasse 1. Ausbautappe einschliesslich der angenommenen Anträge sei zuzustimmen und es sei dafür ein Baukredit von Fr. 232'000 zu genehmigen.

Abstimmung: Das Stadtparlament stimmte diesem Antrag mehrheitlich zu.

Antrag 6: *Für die weiteren Ausbautappen inkl. Fahrbahnsanierung, beidseitigem Radstreifen, niveaulosem Übergang beim Spital mit einer leichten Anrampung und der Mittelinsel Grünauweg sei dem Parlament bis Ende 2011 ein Gesamtprojekt zu unterbreiten.*

Die BVK äussert in ihrer Stellungnahme die Ansicht, dass für die Fahrbahnsanierung der Fürstenlandstrasse aufgrund des schlechten Zustands dringender Handlungsbedarf besteht. Ausserdem ist nur bei Vorliegen eines Gesamtprojekts eine rasche Lösung in Bezug auf die Parkplätze des Spitals und des Pflegezentrums zu erwarten.

Abstimmung: Das Stadtparlament lehnte diesen Antrag mit 18 Nein- zu 15 Ja-Stimmen ab.